

Kraukauer Zeitung.

Nr. 78.

Freitag, den 4. April

1862.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Verendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inseratgebühren im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für 1 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 123 an den Mantel. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

Einladung zur Pränumeration auf die

„Kraukauer Zeitung“

Mit dem 1. April 1862 begann ein neues vierteljähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerationspreis für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1862 beträgt für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., für auswärtig mit Inbegriff der Postverendung, 5 fl. 25 Nkr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Kraukau mit 1 fl. 40 Nkr., für auswärtig mit 1 fl. 75 Nkr. berechnet.

Bestellungen sind für Kraukau bei der unterzeichneten Administration, für auswärtig bei dem nächst gelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

Die Administration.

Ämtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 21. März d. J. den Ministerial-Secretär des k. k. Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten, k. Rath Dr. Johann Herz, bei seinem Austritt aus dem Staatsdienst als Mitglied der Allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner Dienstleistung taxirt und die k. k. Regierungsraths-Ämternächtig zu verkleiden geruht.

Wichtantlicher Theil.

Kraukau, 4. April.

Nach der „Stern-Blg.“ ist die Nachricht von einer Circular-Depesche, welche Graf Bernstorff aus Anlass des Ministerwechsels an die bei den deutschen Höfen beglaubigten kgl. preussischen Gesandten gerichtet haben soll, un wahr.

Die Turiner „Opinion“ dementirt die Nachricht, daß die französische Regierung in achtungsvoller Weise Victor Emanuel auf die Gefahren aufmerksam gemacht habe, welche aus der durch die Reise des Generals Garibaldi hervorgerufenen Volksaufregung erwachsen könnten.

Gegenüber den in mehreren Blättern zu lesenden Mittheilungen über angebliche Verhandlungen mit Napoleon bezüglich der Anerkennung des Königreichs Italien erscheint ein Artikel von Wichtigkeit, den das „Journal de St. Petersburg“ enthält. Derselbe stellt die Turiner Politik als beinahe machtlos dar, gegenüber dem Andringen Garibaldi's und schließt mit folgenden Sätzen: „Piemont hat im Süden Italiens von Garibaldi's Thaten Vortheile gezogen; auf ihm (Piemont) würde die Verantwortlichkeit jedes Versuchs der Ausführung des in Genua proclamirten und in Mailand wiederholten Programms lasten. Man kann sagen, daß in der That von Herrn Rattazzi die Stunde schlecht gewählt ist, um die Anerkennung durch Europa und die Zulassung in das europäische Concert für eine Regierung zu verlangen, die von der Revolution mehr und mehr überflügelt und mit fortgerissen zu werden droht.“

Einem Schreiben aus Mailand entnimmt „S. G.“ die Versicherung, daß Rattazzi im Einverständnis mit Garibaldi und nach vorausgegangenen längeren im strengsten Geheimniß gepflogenen Unterhandlungen mit den Garibaldi zunächst stehenden Chefs beschlossen habe, drei Personen in der nächsten Zeit nach Preußen zu entsenden, um den Boden dort neu zu sondiren und andere Aufträge zu überbringen. Eine von diesen Personen soll dem Schreiben zufolge bereits auf dem Wege sein, die beiden andern bald nachfolgen. Das Schreiben will für jetzt nur diese dunklen Andeutungen, b. d. aber Näheres geben können.

Ueber Rattazzi's Rundschreiben schreibt die „Schl. Blg.“: Niemand zweifelt daran, daß Italien nicht drei Jahre mehr zusammenhalte, bekomme es nicht neue Impulse von innen oder außen. Von innen — Garibaldi und die Comitati di provvedimento — könnten nur anreizende, begeisterte, fortreibende Antriebe erfolgen. Soll Italien von innen angeregt und zum Handeln fortgerissen werden, dann gehe es aus der Allianz mit Frankreich, dann sei auch Victor Emanuel nicht mehr der Herr der Bewegung. Man werde lieber beim äußeren Anstoß verbleiben und den inneren so gut es gehe jenem einverleiben. Für die „Schl. Blg.“ ist es unzweifelhaft, daß Rattazzi bereit sei die Mitwirkung Frankreichs für seine Pläne zu erkaufen. Darin liege der Schlüssel zu seinem Rundschreiben, einem Actenstücke, welchem wegen seines inneren Werthes keine Bedeutung beizulegen ist, denn kaum sind härtere Widersprüche und schwächere Argumente diplomatisch verwendet worden, als bald durch die Folgen, die sich daran schließen werden, für Europa

eine große Bedeutung erlangen wird. Wenn das Rundschreiben hinsichtlich Venetiens sagt, Oesterreichs Reich sei durch die Thatsache zerstückt, daß es Venetien nicht anders als durch Gewalt behaupten kann, so bemerkt die „Schl. Blg.“ dazu: Nun — wenn diese Gewalt in nur einigen Vergleich kommen kann zu den Mitteln, mit denen seit Jahr und Tag die Cialdini und Lamarmora Neapel, überhaupt den Süden Italiens beim Königreiche erhalten, dann ist Mord und Brand, dann sind Füstladen, in Flammen ausgehende Städte und Dörfer, vollständig verheerte Landstriche nur Mittel friedlicher Herrschaft. Solchen Thatsachen gegenüber gehört eine gewisse Stille zu einer Behauptung, wie sie Rattazzi ausspricht. Doch der Mann kennt seine Zeit. Für ein Auditorium, dessen man gewiß ist, genügen Schlagwörter, nicht zureichende Gründe, um den Beifallsturm zu erregen, und mit Leuten, die selbstständig denken, kann überhaupt nichts geleistet werden.

Wie man dem Wiener „Fr.“ mittheilt, ist an maßgebender Stelle die Nachricht eingetroffen, daß die letzten über den Gesundheitszustand des heiligen Vaters eingetroffenen Nachrichten zu keiner Besorgniß Anlaß geben. „Beatissimus pater est sanus“ lautete die definitive Antwort, welche auf die betreffende Anfrage gegeben wurde.

Der Stille zufolge beabsichtigt die piemontesische Regierung, das Parlament, nachdem es die dringlichsten Gesetzentwürfe beraten habe, bis gegen die Mitte des Monats Juni zu vertagen.

Man hat in neuerer Zeit vielfach von einem Prinzen Crouy-Chanel reden hören, der, als ein Nachkömmling des alten ungarischen Herrscherhauses der Arpaden, sich in der Rolle eines ungarischen Kronprinzen zu gefallen scheint. Klappa hat sich nunmehr veranlaßt gefühlt, über den Helden dieses Intermezzos in der ungarischen Bewegung von Turin aus an die Pariser „Presse“ ein Schreiben zu richten, in welchem er im Namen der im Auslande lebenden Ungarn gegen alle Prätendenten protestirt, welche aus dem Schlachtfelde der Freiheit eine Arena des persönlichen Ehrgeizes machen wollten.

Dem Dmer Pascha sind aus Konstantinopel die gemessenen Weisungen zugegangen, in den Operationen gegen die Montenegro in mit aller Energie vorzugehen, damit die Sache beendigt sei, bevor den Aufständischen Hilfe von Außen kommt.

Nach Berichten aus Madrid vom 1. d. wird Marocco den von ihm eingegangenen Verbindlichkeiten binnen Kurzem nachkommen, und die Spanier treffen Anstalten zur Räumung von Tetuan.

Die „Patrie“ kündigt Verstärkungen für Mexico an, was lebhaftes Senation erregt; man erwartet Alles von Frankreich allein. Eine englische Flottenabtheilung soll nach den Bermudas-Inseln abgegangen sein, wo bedeutend gerüstet wird, ohne daß der Zweck davon bekannt ist.

Der Madrider „Constitutional“ vom 27. v. M. meldet, daß die Nachrichten der Oppositionsjournale über Uneinigkeiten zwischen den drei verbündeten Mächten in Mexico so unbegründet als möglich seien. Das Blatt glaubt im Gegentheil versichern zu können, daß vollkommene Uebereinstimmung zwischen den Cabineten von Madrid und Paris herrsche, und daß identische auf der Convention von London basirte Weisungen an die Vertreter der drei Mächte in Vera-Cruz abgegangen sind. Auf die wiederholte Interpellation des Deputirten Castro über den Stand der mexicanischen Angelegenheit verweigerte der Minister des Auswärtigen weitere Auskunft. Die Regierung werde sich erklären, wenn sie sichere Nachrichten darüber erhalten haben werde, ob der Conflict auf gutlichem Wege oder durch Waffengewalt beendet werden soll. Da man aber heute noch nicht wisse, welchen von beiden Wegen man einschlagen werde, so könne auch das fernere Verhalten der spanischen Regierung jetzt noch nicht mit Bestimmtheit angegeben werden.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 31. März. Berathung des Berichtes über die vom Herrenhause am Pressegesetz vorgenommenen Aenderungen. — Sectionschef Rizy gibt die Erklärung ab, daß er ermächtigt sei, mittelnde und entgegenkommende Anträge zu stellen, so zwar, daß ein Einverständnis aller drei Factoren der Gesetzgebung bezüglich des Pressegesetzes in Aussicht stehe. (Beifall.) Herbst motivirt in kurzer Rede die Anträge des Ausschusses; das ganze Haus geht sogleich in die Specialdebatte ein. Nach der ersten Aenderung soll sich das Selbstverlagsrecht nur auf jene unter Mitwirkung An-

derer verfaßten Werke erstrecken, welche nach einem vom Selbstverleger entworfenen selbstständigen Plane verfaßt wurden. Der Ausschuss schlägt die Annahme dieser Aenderung vor. Die zweite Aenderung geht dahin, daß die in Selbstverlag genommenen Schriften nur in der „Wohnung“ des Selbstverlegers verkauft werden dürfen. Dadurch würde einerseits das Recht zum Selbstverlage gerade bei Werken von größerem Umfange fast illusorisch und andererseits ist die Beforgnis nicht begründet, daß der Selbstverlag nicht überwacht werden könne, wenn der Verkauf auch außer der Wohnung des Verlegers, in einem hiezu bestimmten Locale betrieben wird. Der Ausschuss beantragt die Weglassung dieser Aenderung und Herstellung des früheren Wortlauts. Eine dritte Aenderung bezieht sich auf die Gewerbsentziehung und wann dieselbe erfolgen soll. Nach dem früheren Beschlusse des Abgeordnetenhauses ist zur Fällung des Spruches auf Gewerbsentziehung notwendig, daß der Gewerbsinhaber dreimal wegen Vergehens, oder dreimal wegen Uebertretung innerhalb eines Jahres verurtheilt worden sei. Das Herrenhaus beantragt die Worte: „innerhalb eines Jahres“ wegzulassen. Der Ausschuss befürwortete diese Aenderung.

Minister Mecery hält die bloße Erklärung, daß der Selbstverlag in „seiner Wohnung“ oder „in einem andern ausschließlich dazu bestimmten Locale“ betrieben werden dürfe, für nicht genügend und schlägt folgenden Zusatz-Amendement vor: „Von der Eröffnung eines solchen Locales ist der Sicherheitsbehörde vorläufige Anzeige zu erstatten. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift ist als Uebertretung mit einer Geldstrafe von 10—100 fl. zu ahnden.“

Herbst hat gegen dieses Amendement nichts einzuwenden. Bei der Abstimmung werden sämtliche Ausschussanträge und auch das Amendement des Polizeiministers genehmigt; für letzteres stimmt auch ein großer Theil der Rechten.

Bei §. 5 hat das Herrenhaus sehr wesentliche Aenderungen übernommen. Nichtsdestoweniger beschloß der Ausschuss, dem Hause die Fassung des Herrenhauses zur Annahme zu empfehlen, da dieselbe mit den wesentlichen Principien des Pressegesetzes in keinem Widerspruch steht. Es soll nämlich, wenn im Pressegesetz eine Verpflichtung oder Verantwortlichkeit auferlegt wird, der Inhaber der Druckerei oder sofern er zur Beforgung derselben einen durch die Behörde genehmigten Geschäftsführer bestellt hat, der letztere verstanden werden. Besteht ein solcher Geschäftsführer, so sind die Geld- und Arreststrafen gegen diesen, die ersteren jedoch unter Haftung des Gewerbsinhabers zu verhängen. Hat nach dem Gesetze die Entziehung der Gewerbsberechtigung einzutreten, so findet diese nur dann statt, wenn die Uebertretung mit dem Vorwissen des Gewerbsinhabers begangen wurde. — §. 5 wird nach der Fassung des Herrenhauses angenommen.

Die bei §. 6 und 8 angenommenen Aenderungen sind sehr unwesentlicher Natur und werden genehmigt. Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 2. April.

Fortsetzung der Debatte des Ausschussberichtes über das Pressegesetz.

Zu §. 11 des Gesetzes (Einstellung der Herausgabe einer periodischen Druckchrift) beantragt der Ausschuss die Beibehaltung seiner eigenen Fassung in Alinea 3, daß nämlich „durch das Gericht, welches die Untersuchung einleitet“, die Einstellung vorgenommen werde. (Angenommen.)

Zu §. 13 (Cautionspflichtigkeit) soll es nach dem Ausschussantrage in Alinea 1 statt: „Auch für amtliche ist keine Caution zu erlegen“ heißen: „Für Blätter, welche von der Regi- ung herausgegeben werden, ist keine Caution zu erlegen.“ Die letzte vom Herrenhause textirte Alinea des Paragraph (Bestimmung der Fälle, in denen auch nichtpolitische periodische Blätter cautionspflichtig werden) hätte ganz zu entfallen. (Angenommen.)

Zu §. 17 (Hinterlegung von Probeexemplaren bei der Behörde) beantragt der Ausschuss die Annahme einer vom Herrenhause hinzugefügten Alinea: „Doch kann die Austheilung oder Verendung von Druckchriften letzterer Art (Druckchriften, welche nicht unter die Ausnahme des §. 9 fallen und nicht mehr als 5 Druckbogen betragen) mit Zustimmung der Sicherheitsbehörde, bezüglich der Staatsanwaltschaft auch vor Verlauf der Frist von 24 Stunden stattfinden.“ (Angenommen.)

Zu §. 19 (Aufnahme von Berichtigungen) beantragt der Ausschuss an die Stelle eines vom Herrenhause gemachten Zusatzes die Annahme folgender Alinea: „Ueber das Begehren um Aufnahme einer Berichtigung ist auf Verlangen eine Bescheinigung auszustellen.“ Sectionschef v. Rizy bemerkt, daß das bezügliche von der Re-

gierung eingeschlagene und auch vom Herrenhause anerkannte Verfahren die Rechte des Privaten gegen Pressentstellungen in sehr werthvoller Weise schütze und die Rechte des Journalisten nicht beeinträchtige. Mit der eigentlichen Pressfreiheit hat der Gegenstand um den es sich handelt, nichts zu thun. Im übrigen empfehle er die Annahme der vom Herrenhause vorgeschlagenen, vom Ausschusse abgelehnten Alinea.

Das Haus entscheidet sich für den Antrag des Ausschusses.

§. 21. (Weigerung der Aufnahme einer Berichtigung hätte nach dem Ausschussantrage zu lauten: „Die Weigerung des verantwortlichen Redacteurs, einen in Gemäßheit der §§. 19 und 20 zur Aufnahme mitgetheilten Aufsatz in der gesetzlich vorgeschriebenen Art und Zeit abdrucken zu lassen, ist, falls der Richter die Verpflichtung zur Aufnahme als begründet erkennt, eine Uebertretung und wird mit einer Geldstrafe von 50 bis 200 fl. belegt. Auch hat das Gericht die Einstellung der Druckchrift bis zur Erfüllung der Verpflichtung zu verfügen.“ (Angenommen.)

§. 22. wäre in der vom Herrenhause vorgeschlagenen Fassung anzunehmen. Er lautet:

„Alle in den §§. 19 und 20 bezeichneten Schriftstücke müssen unverändert und ohne Einschaltung irgend einer Art abgedruckt werden.“

Periodische Druckchriften, welche eine amtliche Berichtigung oder eines der in §. 20 erwähnten Schriftstücke aufzunehmen verpflichtet sind, dürfen in demselben Blatte oder Hefte, in welchem der Abdruck erfolgt, weder Zusätze noch Bemerkungen über den Inhalt dieser Veröffentlichung aufnehmen.

Dem Abdruck von Verfügungen oder Erkenntnissen der Strafgerichte, deren Veröffentlichung durch die Presse in Folge richterlichen Auftrages zu geschehen hat, dürfen keine Bemerkungen oder Zusätze auch in solchen periodischen Druckchriften nicht beigefügt werden, welche die Veröffentlichung unternehmen haben, ohne hierzu verpflichtet zu sein.“ (Angenommen.)

Zu §. 26 (Verbreitung verbotener ausländischer Druckchriften) beantragt der Ausschuss die Ablehnung der ersten Alinea der Herrenhaus-Fassung und schlägt für die zweite Alinea folgende Fassung vor: „Die Entziehung des Postdebito ausländischer Druckchriften kann nur vom Staatsministerium verfügt werden.“

Se. Excellenz der Herr Polizeiminister schlägt ein Amendement zu Alinea 1 vor: „Die Verbote bestimmter ausländischer Druckchriften, welche nach der Prefordnung vom 27. Mai 1852 im politischen Wege erlassen wurden, sind durch dieses Gesetz aufgehoben. Insofern jedoch solche Druckchriften durch die Sicherheitsbehörde neuerlich mit Beschlagnahme nach den Vorschriften der Prefordnung binnen längstens drei Monaten vom Beginne der Wirksamkeit dieses Gesetzes zu erwirken.“

Der Berichterstatter empfiehlt die Annahme des Amendements, welches vom Hausen angenommen wird, ebenso wird der Ausschussantrag für Alinea 2 angenommen.

§. 29 hätte nach dem Ausschussantrage zu lauten: „Der Redacteur einer den Thatbestand eines Verbrechen oder Vergehens begründenden periodischen Druckchrift ist, wenn gleich ihm dieses Verbrechen oder Vergehen nach den allgemeinen Grundgesetzen des Strafrechts nicht zugerechnet werden kann, dennoch für die Vernachlässigung pflichtmäßiger Obforge und Aufmerksamkeit verantwortlich.“

Von dieser Verantwortlichkeit wird er weder durch die Befähigung allgemeiner oder besonderer Verwahrungen, noch auch die Erklärung eines Anderen, daß er die Verantwortlichkeit allein übernehmen wolle, befreit.“

Herr Sectionschef v. Rizy verteidigt die dem §. 29 vom Herrenhause gegebene Fassung und beantragt ein unter Aufzählung practischer Fälle begründetes Amendement:

„Der Verfasser einer zur Veröffentlichung bestimmten, den Thatbestand eines Verbrechen oder Vergehens begründenden Druckchrift, ist, wenn gleich ihm dieses Verbrechen oder Vergehen nach den allgemeinen Grundgesetzen des Strafrechts nicht zugerechnet werden kann, dennoch für die Vernachlässigung jener Aufmerksamkeit verantwortlich, durch deren pflichtmäßige Anwendung der strafbare Charakter bei Abfassung derselben hätte beseitigt werden können.“

Das Amendement wird angenommen und die Sitzung behufs Vornahme einiger schriftlicher Aenderungen in der Ausschuss-Sitzung auf 20 Minuten unterbrochen. Wie aus dem obigen Bericht hervorgeht, ist die

auch von dem Vertreter des Justizministeriums befürwortete Bestimmung des vom Oberhause modificirten Pressgesetzentwurfes, nach welcher die Aufnahme von Berichtigungen thatsächlichen Inhalts den Blättern staatsanwaltschaftlich aufgetragen werden kann, vom Abgeordnetenhaus abgelehnt worden. Die „Donaub.“ bedauert dieses Resultat und stellt die Frage, ob dem durch eine Behauptung thatsächlich Angegriffenen nicht das Recht zustehe, die Berichtigung einer irrthümlichen oder falschen Darstellung im Interesse seiner Ehre oder seines Vortheils auf dem möglichst schnellen Wege, in möglichst wirksamer Weise zu begehren. Es bleibt unbestritten wahr, daß der gerichtliche Weg in dieser Beziehung der langsamste, der am wenigsten zweckentsprechende scheint. Muß die angegriffene Partei ihn betreten, so sind zwischen ihr und der Unternehmung, welche den Angriff eröffnete, Wind und Sonne nicht gleich getheilt.

Wenn, sagt die „D.B.“, es möglich wäre, die diesfälligen gerichtlichen Ansprüche, auf die der Ausschuss verwies, schnell und ohne Mühe zu erzielen, so würden wir dem von ihm befürworteten Auskunftsmittel den Vorzug zuerkennen. Aber so sehr wir es wünschen, so glauben wir doch kaum, daß sich hierfür ein vollkommen befriedigender Modus werde ausfindig machen lassen. Die in Rede stehende staatsanwaltschaftliche Function ist ein Act der Vermittlung. Das Geschickliche hört Rede und Gegenrede, und bildet sich hierüber eine Art schiedsrichterlichen Urtheiles. Wer möchte überdies leugnen, daß durch dieses Mittel eine Fülle von Injurienproceßes gewissermaßen im Keime erstickt wird! Selbst dem oft in seiner persönlichen Ehre Verletzten genügt ein Wort der Widerlegung, wenn es nur rechtzeitig ausgesprochen und Senen, welche die Beleidigung vernahmen, hörbar gemacht werden kann. Nach unserem Dafürhalten hätte folglich die Majorität besser gethan, sich der ministeriellen Auffassung anzuschließen, anstatt das Recht eines publicistischen Organes auf Kosten der von ihm Angegriffenen zu erweitern. Die Publicität ist ein großes, hochschätzbares Gut; doch eben weil sie dies ist, soll sie auch denjenigen zugänglich gemacht werden, welche ihr fernere sehen, als die Unternehmer der Organe der öffentlichen Meinung. Das Recht der Erwiderung, der Gegenrede zur Stelle ist ein so natürliches, so selbstverständliches, daß es auf dem publicistischen Gebiete eingebürgert zu werden verdient, wenn es bei uns nicht schon lange heimisch gewesen wäre.

Die nächste Sitzung des Herrenhauses findet Mittwoch den 9. d. um 11 Uhr Vormittags statt.

Das Abgeordnetenhaus wird vor Ostern noch drei Sitzungen ha en und wird sich künftigen Mittwoch (9. d.) über die Osterzeit verlagern. Während dieser Zeit sollen die einstweilen fertig gewordenen Berichte des Finanzausschusses in den Druck gelegt und vertheilt werden, so daß bei der Wiedereröffnung am 28. d. sogleich mit der Discussion des Budgets begonnen werden könne.

Aus der mit der Berathung der Steuererhöhungen betrauten Section des Finanzausschusses bringt der „Botschafter“ folgende verlässliche Mittheilungen. Die Section hat ein Subcomité, bestehend aus drei Mitgliedern, darunter die Herren von Hopfen und Bohning mit der Prüfung der die Steuererhöhung betreffenden finanziellen Vorlagen betraut. Dieses Subcomité hat der Section Bericht zu erstatten, welche hinwieder dem Ausschuss zu referiren hat. Nichts von Allem dem ist bisher geschehen, nicht einmal das Subcomité hat seine schwierige Aufgabe vollendet und die Section konnte daher auch noch nicht über diese Angelegenheit berathen. Die Frage, ob und welche Steuern erhöht werden sollen, ist demnach noch völlig offen; nur so viel läßt sich berichten, daß sich die Ansichten der Comitemitglieder am meisten einer Erhöhung der Einkommensteuer zuneigen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 3. April. Se. k. l. Apostolische Majestät sind heute nach 5 Uhr früh von Venedig hierher zurückgekehrt.

Ihre k. Hoheiten der Hr. Erzherzog Franz Carl und die Frau Erzherzogin Sophie werden in wenigen Tagen den Aufenthalt in Schönbrunn nehmen.

Se. k. Hoheit der Hr. Erzherzog Wilhelm ist bereits in Reconvalescenz und konnte eine Ausfahrt in den Prater machen.

Am Dienstag um 2 Uhr Nachmittags wurde ein Ministerrath bei Sr. k. Hoheit dem Herrn Ministerpräsidenten Erzberg Rainer abgehalten.

Der „Bote für A. u. B.“ bringt die Mittheilung, daß Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Carl Ludwig diesen Sommer einige Monate im Schlosse Ambras zubringen werden.

Der „Botschafter“ schreibt: Die Nachricht, Graf Forgach habe seinen Entschluß geändert und würde statt morgen erst Samstag hier eintreffen und es sei in Folge dessen seitens der Hofkanzlei ein Courier mit wichtigen Akten nach Venedig entsendet worden, entbehrt der Begründung. Der Hofkanzler wird zuverlässig schon morgen hier eintreffen.

Die Mitglieder des hiesigen diplomatischen Corps treffen bereits Vorbereitungen für den Landaufenthalt. So viel bis jetzt bekannt ist, wird sich der französische Botschafter Herzog von Gramont nach Völkensdorf, später aber zum Gurgebrauche nach Karlsbad begeben, der bairische Gesandte Graf Bray-Steinburg wird eine Urlaubreise nach München antreten, wohin sich dessen Gemalin schon in einigen Wochen begibt, der königl. englische Botschafter Lord Bloomfield wird mit längerem Urlaub nach England gehen und dessen Gemalin schon in einigen Wochen dahin vorausreisen, der spanische Gesandte Don de la Torre yllon nimmt den

Landaufenthalt zu Böhmen, der türkische Botschafter Fürst Kallimachi in Baden bei Wien, der hannoversche Gesandte Freiherr v. Stockhausen, der apostolische Nuntius Erzbischof de Lucca, der sächsische Gesandte Freiherr v. Könnig werden im Mai oder Juni Badereisen antreten. Der großherzoglich hessische Gesandte Freiherr v. Drachenfels und der niederländische Gesandte Baron v. Heeren werden Urlaubreisen in ihre Heimat antreten. Der preussische Gesandte Freiherr v. Werther und der russische Gesandte v. Balabine nehmen den Landaufenthalt in Hiesing.

Der Hr. F.M. Ritter v. Benedek wird hier erwartet und dürfte schon in Kürze in Wien eintreffen.

Vorgestern hat von dazu berufenen Capacitäten eine wissenschaftliche Untersuchung wegen Anwendung der Schießwolle zum Gebrauche für die neu-construirten Gewehre in der Armee stattgefunden. Die Wirkung wurde jedoch zu kräftig befunden und in Folge dessen unterbleibt vor der Hand die Anwendung der Schießwolle bei Gewehren, weil letztere total umgeändert werden müßten, was gradatim zu geschehen hat. Batterien hingegen werden mit Schießwolle ausgerüstet.

Das Reichsrathsgebäude, welches für das Herrenhaus und für das Abgeordnetenhaus auf dem Plage zwischen dem Schotten- und Fischertorbe erbaut werden soll, dürfte schon im nächsten Jahre in Angriff genommen werden. Für den besten Baupreis wird ein Preis ausgeschrieben.

In Pest wurde am 1. d. die erste Nummer der „ungarischen Nachrichten“ ausgegeben, welche bestimmt sein sollen, die eingegangene „Pest-Ofener Zeitung“ zu ersetzen. Das politische Programm dieses Blattes hat nicht verfehlt, Aufsehen zu machen, und die ungarischen Blätter drücken ihr Erscheinen über daselbe aus. Das Programm ist für die volle Wiederherstellung der ungarischen Verfassung, bekämpft die Theorie der Verwirklichung und sieht nur im Dualismus das Heil der Monarchie. Bezüglich der 1848er Gesetze verlangt es nur eine Revision des Artikel III, welcher während der Anwesenheit des Kaisers in Wien einem unabhängigen, unverantwortlichen Landespalatin die Regierung überträgt. Ferner wünscht das Blatt eine größere Gemeinamkeit der Räte der ungarischen Krone mit den Ministern der Erbländer.

Die „D. Z.“ schreibt hierüber: Das Programm wirkt das sogenannte alte Regime in Oesterreich gänzlich bei Seite, wogegen eigentlich nicht viel einzuwenden wäre. Um so überraschender klingt es aber, wenn dem gegenüber das alte Regime in Ungarn erhalten werden und sich üppig entfalten soll. Weg mit der historischen Grundlage in Oesterreich, aber in Ungarn muß dieselbe „ohne Verzug wieder hergestellt“ werden, „denn es liegt sonnenklar am Tage, daß eine gesetzliche verfassungsmäßige Regierung (in Ungarn) nur so wieder hergestellt werden kann, wenn die Gesetze des Landes wieder anerkannt werden, wenn das Legitimitätsprincip wieder zu Ehren kommt.“ Da könnte man denn doch fragen, wer denn eigentlich in fortwährendem Kampfe mit diesem Principe liegt, wo es je mit Stumpf und Stiel auszurotten beflissen war? Der Programmschreiber setzt sich geradezu zwischen zwei Stühle auf die Erde, wenn er auf der einen Seite das Geheimniß und die Nothwendigkeit des Bestandes von Oesterreich aus der historischen Grundlage herausgrübelt und auf der anderen Seite als seine aparte allerneueste Erfindung ausposaunt: „nur liberale und constitutionelle Institutionen können dieses Reich noch weiter erhalten.“ Die constitutionellen Institutionen wird Niemand anfechten, darüber kann der Programmschreiber ruhig beide Augen zudrücken. Sobald er diese aber mit der historischen Grundlage in seiner gesprungenen Retorte verbinden will, wird ihm der Sauerstoff entweichen und der Rest seinen Lesern erhebliche Athmungsbeschwerden verursachen.

„Scharf's C.“ schreibt: Bezüglich der von der „R.Z.“ gebrachten Nachricht über ein angebliches durch den Grafen Georg Karolyi vermitteltes Zusammentreffen des englischen Gesandten Lord Bloomfield mit Franz Deak, wobei der Erstere Vermittlungsvorschläge gemacht haben soll, die aber zu keinem Resultate führten, — bringt heute „P. Napio“ die folgende Berichtigung: Wir können einer direct von Franz Deak erhaltenen Erklärung zufolge entschieden behaupten, daß er mit dem Lord Bloomfield während dessen Aufenthalt in Pest weder durch Vermittlung noch ohne Vermittlung, ja nicht einmal zufällig zusammentraf, und daß er mit dem Grafen Georg Karolyi weder über den Lord Bloomfield, noch über die von der Wiener Correspondenz der „Köln. Ztg.“ erwähnten Angelegenheiten gesprochen habe.

Die sächsische Nationsuniversität hat in ihrer Sitzung vom 29. v. M. die Repräsentation an Se. Majestät den Kaiser vollinhaltlich und einstimmig angenommen, womit das bekannte, zum Beschluß erhobene Operat der Siebener Commission (enthaltend: 1. Anerkennung der Staatsgrundgesetze und Befestigung des Reichsraths; 2. Mitwirkung bei neuer Arrondirung nationaler Verwaltungsgebiete; 3. Interessenvertretung auf dem Landtage) dem a. h. Throne im Wege des Suberniums und der siebenbürgischen Hofkanzlei unterbreitet werden soll. Die Repräsentation schließt mit der Versicherung, daß sich die sächsische Nation dahin stelle, wohin dieselbe Pflicht, Gewissen und Ueberzeugung berufe: zu Sr. Majestät und zur Gesamtverfassung des Reiches. Nicht nur die Mitglieder der früheren Majorität, sondern sämtliche Deputirte haben nunmehr ihre volle Uebereinstimmung erklärt. Der Conestellvertreter wird persönlich nach Klausenburg, zum Sitze des ungarischen Suberniums, in den nächsten Tagen abreisen, um daselbst diese Repräsentation, welche erklärt, das ganze Sachsenland, alle seine Städte und Districte, wünschten den Reichsrath zu beschicken, in die Hände des Subernial-Präsi-

denten Grafen Grenneville zu übergeben, von welchem man die günstige Weiterbeförderung anhofft.

Deutschland.

Der preussische Staatsminister a. D., Graf von Schwerin, verließ nach Berliner Berichten Dienstag Abend Berlin und trat mit seiner Gemalin und seiner Tochter eine Reise nach Italien an, und zwar über Dresden, Prag, Wien, Triest und Venedig nach Rom.

Die Behörden von Frankfurt unterhandeln gegenwärtig mit dem Königreich der Niederlande über den Abschluß eines Vertrages wegen gegenseitiger Auslieferung von Verbrechern. Hiedurch veranlaßt, sind von der niederländischen Regierung auch Unterhandlungen mit dem Herzogthum Nassau eingeleitet worden, um mit diesem Staat einen gleichen Vertrag, wie den mit Frankfurt beabsichtigten, ins Leben zu rufen.

Aus Baden, 30. März, wird dem „Botschafter“ geschrieben: Man fängt in Karlsruhe an bedenklich zu werden. Daß Roggenbach in kurzer Zeit unmöglich sein wird, fühlen auch seine Herren Kollegen. Sie besorgen aber, er könne sie in seinem Falle mit sich reißen, und so möchten sie ihn lieber bei Zeiten über Bord werfen. Man ist indessen um den Nachfolger verlegen. Man denkt an Mohl in Frankfurt; aber mit diesem hat es auch seine Schwierigkeiten.

Welche Haltung Baden in der deutschen Frage annehmen würde, wenn Herr von Roggenbach weichen müßte, läßt sich doch nicht absehen. Man war hier, wie bekannt von den identischen Notizen so sehr überrascht wie in Berlin. Daß der Minister des Auswärtigen seine Gesandten abgezogen, weil sie ihn nicht unterrichtet, ist in der That naiv zu nennen. Muß er nicht wissen, daß der diplomatische Verkehr zwischen Baden und den anderen deutschen Staaten thatsächlich abgebrochen ist, daß er wenigstens sich nur auf Kleinigkeiten und laufende Geschäfte beschränkt, und daß von einer sogenannten vertraulichen Mittheilung nirgends eine Rede ist?

Vom Bezirksgericht in Mainz wurde dieser Tage der Gutsbesitzer Adam Bloth als Vorstand der deutsch-kathol. Gemeinde in Essenheim und der deutsch-kathol. Prediger Joh. Ronge wegen Abhaltung eines vom Kreisamt verbotenen deutsch-kathol. Gottesdienstes zu einer Geldstrafe von 50 fl. verurtheilt.

Der gemeinschaftlich Landtag des Herzogthums Coburg-Gotha hatte bekanntlich den Beschluß gefaßt, erst dann auf die Berathung der preussischen Militairgesetze einzugehen, wenn ihm ein Gesetz über die Befugnisse der Militairbehörden den Civilbehörden und Civilpersonen gegenüber vorgelegt sein würde. Letzteres ist, nach der „Leipz. Ztg.“, jetzt geschehen, da dem Landtag ein Gesetzentwurf über die Stellung des Militairs im Staate zugegangen, in dem betreffenden Decrete aber auch die Erwartung ausgesprochen worden ist, daß der Landtag nunmehr in die Berathung und Beschlußfassung der Militairgesetze eingehen werde. Der Gesetzentwurf bezeichnet die Militairbehörden als koordinirt den Civilbehörden und bestimmt, daß Leistungen im Interesse des Militairdienstes Civilpersonen nur durch die kompetente Civilbehörde angeschlossen werden können. Seitens der Wachen und Patrouillen dürfen Arrestirungen von Civilpersonen dann vorgenommen werden, wenn dieselben bei Ausführung einer strafbaren Handlung oder gleich nach derselben betroffen oder verfolgt werden. Doch sind, so bald thunlich, die Arrestirten der Civilbehörde zu überantworten; in Militairgebäuden steht dem Militairbefehlshaber die Ausübung der Polizei zu.

Frankreich.

Paris, 31. März. Heute hielt der Kaiser auf dem Carrousselplatz eine Revue über einen Theil der Garde ab. Der kaiserliche Prinz zu Pferde trug die Uniform eines Korporals der Garde-Grenadiere. Der Erbprinz und die Frau Erbprinzessin von Hohenzollern, welche letztere in einem offenen Wagen neben der Kaiserin Platz genommen hatte, wohnten dieser Parade bei. Nach derselben vertheilte der Kaiser einige Kreuze und Medaillen. — Der „Moniteur“ meldet die definitive Zusammensetzung des italienischen Ministeriums. Ratazzi ist Minister-Präsident und Minister des Innern; General Durando übernimmt das Auswärtige, Matteucci den öffentlichen Unterricht und Consorti die Justiz. Die übrigen Minister Sella, Depoli, Petiti, Depretis und Persano behalten ihre Posten. — Ein Student, Tauls, ist unter Beschuldigung, er habe Einverständnisse im Ausland unterhalten, verhaftet worden. Seine Mißthat bestand darin, daß er einen Brief an einen Ausländer geschrieben, dessen Adresse ihm ein Herr Bernard gegeben. Der Brief ist auf der Post erhoben worden. Bernard ist als Mitschuldiger angeklagt. In Plombières, dem bekannten Badeort, hat man eine neue mineralische Quelle entdeckt, welche die übrigen an Reichtum und Wärme noch übertreffen soll. Ihre Temperatur ist, nach dem „Echo de l'Est“, zwischen 44 und 45 Grad und ihre Stärke wird auf 50 Liter per Minute geschätzt.

Ein Pariser Correspondent der „D.Z.“ hebt als wichtig hervor, daß an dem Ball und Abendessen bei Herrn v. Persigny auch Herr v. Walawski mit seiner Gattin theilnahm. Hr. v. Walawski, dessen österreichisch-römische Neigungen in dem Grafen Persigny einen Unwillen erzeugten, der sich bis auf die Person des ehemaligen Ministers der äußeren Angelegenheiten ausdehnte. Die Eingeweihten versichern, daß der Minister des Innern von seinen Begriffen einer wahrhaft napoleonischen Politik, wie sie der Prinz Napoleon vertritt und voranstellt, in der letzten Zeit zurückgekommen sei, weil ihm die Debatten des Senats und des gesetzgebenden Körpers ihre Wirkungen gezeigt hätten, daß der Napoleonismus und der Liberalismus doch nicht eins und dasselbe bedeutete, daß der Napoleonismus eine übermäßige Gewalt vonnöthen hat, die den Liberalismus unausbleiblich vernichtet. In Folge dieser neuen Auffassung der Dinge hätte sich Herr v.

Persigny von dem Palais-Royal entfernt und dem Grafen Walawski genähert, er fände nun das Diebäugeln mit der Dynastie von Gottes Gnaben und mit der Heiligkeit der Kirche nicht so ganz verwerflich wie bisher. In einigen Kreisen hält man es sogar für ausgemacht, daß Herr v. Persigny durch dieses Zurückweichen seine ministerielle Stellung gerettet hätte, welche ernstlich bedroht gewesen wäre.

In Douai hat am 31. März vor dem dortigen kaiserlichen Gerichtshofe in Folge der Verweisungserkenntnisse des Cassationshofes des Proceß Mirès begonnen.

Dem Pays zufolge ist der neue französische Consul in Alexandrien, Hr. Mellinet, nachdem er kaum drei Tage daselbst verweilt, durch eine tel. Depesche nach Paris berufen worden.

Großbritannien.

London, 1. April. J. L. H. die Kronprinzessin von Preußen fuhr gestern Mittag nach Gravesend und von dort nach Antwerpen. — In der gestrigen Sitzung des Unterhauses fand eine lange Debatte über einen zweckmäßigeren Schutz der englischen Küsten durch Panzerschiffe statt, welche zu keinem bestimmten Ergebnis führte. — In Lord Palmerstons Befinden ist eine namhafte Besserung eingetreten. Er wohnt am Sonnabend einem Ministerrath in Downing Street bei, und empfing am Abend Gäste in seinem Hause. — Vorgestern haben auch die in England lebenden Polen eine Beileidsadresse an die Königin gerichtet. (Etwas spät.) Derselbe wurde durch eine Deputation, an deren Spitze der Fürst Czartoryski stand, dem Staatssekretär des Innern übergeben. — Für J. M. die Königin ist ein Geschenk aus Indien, vom Maharadscha von Mysore eingetroffen, bestehend aus 11 Stück Hornvieh, darunter ein Büffelstier, Kühen und Kälbern der in Indien am höchsten geschätzten Zuchtarten. Sie werden in einem der königl. Pachtböfe untergebracht werden.

Se. k. h. der Prinz von Wales ist nach in London am 31. d. Mts. eingelangten Berichten auf seinem Rückwege nach Kairo in Theben eingetroffen, von wo er in wenigen Tagen nach Kairo kommen wird. Die Reisegesellschaft war bis zum ersten Katarakt stromaufwärts gefahren und hatte, vom schönsten Wetter begünstigt, die bedeutendsten Ruinen und die anderen, oft beschriebenen Lebenswürdigkeiten in Augenschein genommen. In Theben war der Prinz, von Assouan kommend, mit dem Herzog und der Herzogin von Sachsen-Coburg, die von Kairo angelangt waren, zusammengetroffen. Das Beisammensein währte nur wenige Stunden. (Nach einem weiteren Telegramm war der Prinz in Kairo angekommen und im Begriff, nach Soppo und Palästina zu reisen.)

Das Programm für die Eröffnungsfest der großen Ausstellung ist nun höheren Orts genehmigt und besteht in Folgendem: Als Vertreter der Königin fungiren, wie längst mitgeteilt, der Herzog v. Cambridge, der Herzog von Canterbury, der Lordkanzler, Biscount Palmerston und der Earl of Derby. Die Ceremonie wird im Schiff und in den beiden, dasselbe abschließenden domartigen Räumen stattfinden. Nach geschlossenem Empfang der königlichen Stellvertreter und der geladenen Ehrengäste in dem südlichen Centralhofe bildet sich der Zug und begiebt sich nach dem westlichen Dome. Hier ist ein Thronstuhl aufgestellt, hier wird die erste Strophe der Volkshymne gesungen und die Adresse verlesen. Worauf sich der Zug, das Mittelschiff entlang, nach dem östlichen Dome bewegt, wo die musikalische Eröffnungsfest stattfindet. Nach Beendigung derselben geht der Zug zum westlichen Dome zurück, der Bischof von London spricht ein kurzes Gebet, der Chor stimmt das Hallelujah und die Nationalhymne an, der Herzog v. Cambridge erklärt die Ausstellung für eröffnet. Ein Musikcorps im südlichen Centralhofe wird zur Belebung der Scene beitragen.

Dieser Tage wurden in Gegenwart vieler Offiziere mehrere Versuche mit den von Captain Bolton erfundenen Nachtsignalen für Truppen und Schiffe angestellt, die überaus befriedigend ausgefallen sind. Der leicht tragbare Apparat besteht aus einer Laterne sammt einer Vorrichtung zur raschen Erzeugung von Knallgas, welches hier als Lichtstoff verwendet wird. Vermittelt dieser Laterne können Truppentheile auf 3 bis 8 deutsche Meilen in dunklen Nächten einander rasch Signale zufenden. Andere größere Apparate nach demselben Principe construirt, dienen dazu, einen Gegenstand, z. B. ein Angriffsobject, auf ein paar hundert Fuß Distanz so zu beleuchten, daß es wie in einer hellen Mondschinnacht sichtbar wird.

Dänemark.

Aus Kopenhagen, 29. März, schreibt man den „H. N.“: Daß der Bund, wie die neuesten Nachrichten besagen, dem Proteste Oesterreichs und Preußens beigetreten ist, hat hier umsomehr schmerzlich bekräftigt, als man bis dahin hoffte, es würden etwaige von hieraus dringend veranlaßte Bemühungen ein solches Resultat verhindern, oder wenigstens wegen erregter Bedenkllichkeiten einen Aufschub erwirken. Die Situation erscheint daher vielen hier wieder als sehr drohend. Das ministerielle „genannte“ „Dagblad“ nennt den Beschluß vom 27. März den gefährlichsten Schritt seit der Erneuerung des Streites im Jahre 1856 und ein Seitenstück des Bundesbeschlusses vom 17. September 1846. Auffallend ist es dabei, daß dem Blatte nicht der Causalverursacher sämtlicher Begebenheiten vor Augen getreten ist, der doch nicht wenigen hier klar ist. Denn eben diesem Beschlusse vom 17. September 1846 gegenüber erhielten ja die Kopenhagener März-Begebenheiten, und was sie in Bezug auf Schleswig bezweckten, ihre für Deutschland eigenthümliche Bedeutung, und aus der 1851 bis 1852 eingetretenen nothwendigen Desavouirung des März-Programms dänischerseits (der Form nach freiwillig, der Realität nach gezwungen), resultirt eben in Folge der scheinbar nur wenig modificirten jetzigen Wiederaufnahme des März-Pro-

N. 335. Edykt. (3638. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Mieczysława Marszałkiewicza z miejsca pobytu niewiadomego, że przeciw niemu pp. Marya i Bolesław Paszycowie wnieśli pozew o extabulację sumy 100,000 zlr ww. czyli 40,000 zlr. mk. ze stanu biernego dóbr Ikowa, Porąbka i części Dobrociesza, w załatwieniu czego wyznaczonym został termin na dzień 10 czerwca 1862 o godzinie 10tej rano.

Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego jak również na koszt i niebezpieczeństwo tegoż, tutejszego adwokata pana Dra Szlachtowskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie obrał i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł w ogóle zaś aby wszelkich możebnych środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, dnia 4 marca 1862.

L. 1999. Edykt. (3648. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski ogłasza niniejszym, że pani Leonarda z bar. Lewartowskich Wisłocka i pani Emeryka z bar. Lewartowskich Burzyńska na dniu 16 września 1861 do l. 14311 wytoczyli pozew przeciw Urszuli z Lewartowskich Strusowej, Kasyldzie z Lewartowskich Bilińskich i Onufremu bar. Lewartowskiemu co do życia i miejsca pobytu niewiadomym a w razie ich śmierci przeciw onychże spadkobiercom o extabulację prawa dożywocia na rzecz Justyny bar. Lewartowskiej na dobrach Łęki dom. 27 pag. 415 n. 21 on. ciężącego.

Do ustnej rozprawy wyznaczono termin na dzień 12 czerwca 1862 o godzinie 9tej zrana a wyż powołanym pozwanym nadano kuratora w osobie p. adwokata Jarockiego z substytucją p. adwokata Serdy.

Wzywa się zatem pozwaną, ażeby na powyższym terminie albo osobiście w Sądzie tutejszym stanęła, lub rzeczonemu kuratorowi potrzebnej informacji udzieliła, albo też jakiego innego rzecznika sobie obrali i sądowi go oznajmili, zgola wszystko do ich obrony potrzebne przedsięwzięli, inaczej bowiem skutki z opieszałości wynikłe sami sobie przypisać będą musieli.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 12 marca 1862.

N. 19554. Obwieszczenie. (3650. 3)

C. k. Sąd obwodowy w Tarnowie na zaspokojenie nakazem płatniczym Sądu wekslowego i handlowego we Lwowie z dnia 9 czerwca 1846 L. 6897 przez Józefa Widmana przeciw Kazmierzowi hr. Jabłonowskiemu wywalczonej ilości wekslowej 12000 zlr. mk. wraz z odsetkami 4% od 25 czerwca 1846 i wydatkami prawnymi 4 zlr. 45 kr. mk. właściwie na zaspokojenie pozostałej ilości 10260 zlr. mk. czyli 10773 zła. z wyż wymienionej należności, wraz z odsetkami 4% od 1 maja 1857 oraz dla zaspokojenia odsetek 4% od pierwotnej należności, 12,000 zlr. mk. za czas od 25 czerwca 1846 do 1 maja 1857 po odtrąceniu zapłaconych 1440 zlr. mk. nakoniec na zaspokojenie wydatków wykonania 9 zlr. 6 kr. mk., 13 zlr. 18 kr. mk., 4 zlr. 6 kr. mk., 10 zlr. 36 kr. mk., 11 zlr. 21 kr. mk., 7 zła. 5 c. i 66 zła. 50 cent. dalej na zaspokojenie następujących wierzytelności p. Wincentego Krzyszkowskiego:

- a) na zaspokojenie 15,000 zlr. mk. wraz z odsetkami 5% od 24 czerwca 1853 i wydatkami sporu 25 zlr. 30 kr. mk., 15 zlr. mk., 15 zła. 93 c., 7 zła. 58 c. i wydatkami wykonania 26 zła. 38 c.
b) na zaspokojenie 1400 zlr. mk. wraz z odsetkami 5% od 24 czerwca 1845 i wydatkami sporu 15 zlr., 6 zlr. 16 kr., 10 zlr. 30 kr. mk., 10 zła. i 24 zła. 39 cent.
c) na zaspokojenie 1000 zlr. mk. wraz z odsetkami 5% od 20 czerwca 1845 wydatków spornych 15 zlr., 6 zlr. 16 kr., 10 zlr. 30 kr. mk. 10 zła. i 24 zła. 39 cent.
d) na zaspokojenie 2000 zlr. z odsetkami 5% od dnia 20 czerwca 1845, wydatkami sporu i wykonania 15 zlr., 7 zlr. 40 kr., 12 zlr. 15 kr. mk., 10 zła. i 24 zła. 39 cent.
e) na zaspokojenie 2000 zlr. z odsetkami 5% od 20 czerwca 1845, wydatkami sporu i wykonania 15 zlr., 6 zlr. 16 kr., 12 zlr. 30 kr. mk., 10 zła. i 24 zła. 39 c.
f) na zaspokojenie 2000 zlr. z odsetkami 5% od 14 grudnia 1844 wydatkami sporu i wykonania 13 zlr. 45 kr., 19 zlr. 21 kr.,

5 zlr. 35 kr., 7 zlr. 57 kr., 212 zlr. 28 kr. i 5 zlr. 45 kr. mk., a 26 zła. 48 1/2 c. zezwala na egzekucyjną sprzedaż dóbr Wisłoniwa z przyległościami Pstrągowa, Niewodna dolna i Jazowa w dawnym obwodzie Jasielskim na teraz Tarnowskim, w powiecie Fryszackim, położonych a własność p. Kazmierza Józefa Leona 3 imion hr. Jabłonowskiego wedle ksiąg gł. 270 str. 243 odst. 14 wł. stanowiących.

Ta sprzedaż skuteczną będzie pod następującymi wymogami:

- 1. Sprzedaż będzie przedsięwzięta w c. k. Sądzie obwodowym Tarnowskim dnia 6 maja 1862 o godz. 10tej rano.
2. Dobra te sprzedane będą ryczałtem z wyłączeniem wynagrodzenia za zniesione powinności urbarjalne przypadającego, tudzież z wyłączeniem wszelkich rentów od tegoż wynagrodzenia należnych.
3. Wartość sądownie sprawdzona w ilości 74493 zła. 73 3/4 c. stanowi podstawę sprzedaży, lecz gdyby nikt powyższą ilość nie dawał, to te dobra także poniżej wyż wymienionej ceny szacunkowej w tymże dniu 6 maja 1862 sprzedane będą.
4. Chęć kupna mający złożyć ma przed rozpoczęciem sprzedaży jako zakład dwudziestą część wartości w okrągłej ilości 3750 zła. gotówką lub w listach zastawnych galicyjskiego stanowego Towarzystwa kredytowego, albo też w obligach rządowych z niezapadłymi kuponami i talonami według ostatniego gazeta Krakowską okazanego kursu jednakże nigdy nad wartość imienną policzyć się mających. Zakład przez najwięcej ofiarującego złożony zatrzyma się ku zapewnieniu przyjętych przez niego zobowiązań, wady zaś innych licytantów będą tymże zwrócone zaraz po ukończonej licytacji.
5. Wykaz hipoteczny, akt szacunkowy, wymogi licytacyjne i inwentarz gruntowy przejrzyć wolno w Registraturze tutejszego c. k. Sądu obwodowego.

Uchwała pozwalająca niniejszą sprzedaż doręcza się p. adwokatowi Dr. Kańskiemu w Krakowie jako kuratorowi pod dniem 31 października 1860 do l. 13652 postanowionemu i p. adw. Dr. Rosenbergowi w Tarnowie jako generalnemu zastępcy p. adw. Dr. Kańskiego imieniem następujących z życia i miejsca pobytu niewiadomych wierzycieli hipotekarnych, a w razie ich śmierci z imienia i miejsca pobytu niewiadomych spadkobierców tychże: Michała, Leona i Emilii Niesiołowskich, Tauby Schleicher, Chaji Barche Lauterbach, Hirsza lub Hersza Segalli, Salomona Haber, Mendla Bernatema, Samuela Rockach, Dawida Rappaporta, Maryi Rockach, Izaka Luxenberga, p. Franciszki hr. Jabłonowskiej, pani Maryanny Dziegialowskiej, Hersza Kranzlera, Arona Eksteina, Mendla Eksteina, Jakóba Steinbrechera, Henryka albo Henocha Kleinmanna, Ludwika Rotha; Leiby Kannera, Feliksa Neronowicza, Samuela albo Szmula Steinbrechera, Izraela Ehrlicha, Zattel Kriegera, Nathana Mendrochowicza, Jana Dobrzańskiego, Leona Znamirowskiego, nakoniec wszystkich tych, którzy po 30 września 1859 z swojemi pretensjami zgłosili się, oraz wszystkich wierzycieli hipotekarnych, którym rezolucya licytacyjna z jakiegobądź przyczyny na czas doręczoną nie zostanie.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 6 marca 1862.

N. 3085. Edykt. (3639. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem masę leżącą s. p. Doroty Praszer i niewiadomych jej spadkobierców, że przeciw niej i innych p. Paulina hr. Dzieduszycka pozew o wykreslenie z stanu biernego dóbr Ryczów z przyległościami sumy 6000 zlp. i 3000 zlp. z suboneracyami w załatwieniu tegoż pozwu termin do wniesienia obrony wyznaczony został na dzień 20 maja 1862 o godzinie 10tej przedpołudniem.

Gdy miejsce pobytu pozwaną jest niewiadome przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwaną, jak również na koszt i niebezpieczeństwo ich tutejszego adwokata pana Dra Altha z substytucją adwokata pana Dra Samelsohna kuratorem nieobecnego ustanowił, z którymi spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwaną aby w zwyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisaćby musiel.

Kraków, dnia 3 marca 1862.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 7 columns: Zeit, Barom.-Höhe, Temperatur, Specifiche Feuchtigkei, Richtung und Stärke des Windes, Auslauf der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Aenderung der Wärme im Laufe d. Tage. Rows show data for 3, 10, and 4 o'clock.

N. 1225. Concurs-Ausschreibung. (3637. 3)

Zu besetzen ist die Amtschreibers-Stelle bei der k. k. Berg- und Salinen-Directionskassa in Wieliczka in der XII. Diöcesenklasse, dem Gehalte jährlicher 420 fl. ö. W. und dem systemmäßigen Salzdeputats mit jährlichen 15 Pfund pr. Familienkopfe.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig documentirten Gesuche unter Nachweisung des Alters, Standes, Religionsbekenntnisses, des sittlichen und politischen Wohlverhaltens, der bisherigen Dienstleistung, der vollständigen Kenntniß des Kassabüchses und der hierauf Bezug nehmenden Vorschriften, sowie der polnischen oder einer anderen slavischen Sprache und unter Angabe ob und in welchem Grade sie mit Beamten des hiesigen Directionsbereiches verwandt oder verschwägert sind, im Wege ihrer vorgefetzten Behörden bei dieser Direction binnen 6 Wochen einzubringen.

Von der k. k. Berg- und Salinen-Direction. Wieliczka, am 20. März 1862.

3. 939.civ. Edict. (3626. 3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht in Bochnia wird hiemit bekannt gemacht, das auf Grund der Zuschrift des k. k. Kreisgerichtes zu Teschen ddo 11. Hornung d. J. N. C. 736 H. wegen executiver Veräußerung mehrerer dem Hrn. Moses Eisen Propinationspächter in Uscie solne gehöriger wegen dem Hrn. Adolf Frankel aus Lipnik schuldigen 83 fl. 40 kr. ö. W. f. N. G. gepfändeten und geschätzten Fahrnisse als Einrichtungsstücke, einer Stockuhr, des Bettzeuges und eines jüdischen Rockes, welche Sachen einzeln feilgeboten werden und welche im Ganzen mit 80 fl. 30 kr. ö. W. geschätzt worden sind — die Tagfahrten auf den 9. April und 3. Mai d. J. jedesmal um 9 Uhr Vormittags in Uscie solne bestimmt worden sind, daß diese Fahrnisse nur gegen Bestimmung worden sind, daß diese Fahrnisse nur gegen Baarzahlung veräußert und fogleich dem Bestbieter übergeben werden, endlich daß selbe erst bei der 2. Tagfahrt, um jeden Preis also auch unter dem Schätzungswerte veräußert werden.

Die Schätzungsurkunde und die Feilbietungsbedingungen können in der hierfeitigen Civilgerichtlichen Registratur eingesehen und in Abschrift erhoben werden.

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte. Bochnia, am 20. Februar 1862.

N. 163. Urtheil. (3653. 3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte zu Brzostek, wird, kraft der Ihm von Sr. k. k. apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt die zu Gunsten des dem Leben und dem Wohnorte nach unbekanntem Felician Szeliski erliegende Nachlassmasse nach Casimir Szeliski bestehend aus dem im k. k. Staatsschuldentilgungsfondocitirten Betrage pr. 484 fl. 37 kr. W.W. dann aus dem im hiergerichtlichen Depositenamte erliegenden Betrage pr. 4 fl. 48 kr. W.W. endlich 2 silbernen Eß- und 2 silbernen Kaffeelöffel für Kadut und als dem Staatsfonde zugefallen erklärt.

Brzostek, am 15. Juli 1861.

L. 163. Wyrok.

C. k. Urząd jako Sąd powiatowy w Brzostku na mocy władzy jemu przez Jego c. k. Apostolską Mość nadanej, masę spadkową p. Kazimierzu Szeliskim na rzecz z miejsca pobytu niewiadomego Felicyana Szeliskiego składającą się z ilości 484 zlr. 37 kr. W.W. w c. k. kasie umórzzenia długów, dalej z ilości 4 zlr. 48 kr. W.W. oraz z 2 srebrnych łyżek stołowych i 2 srebrnych łyżek kawowych, w tutejszo-sądowym depozycie złożonych, za przepadłą i jako skarbowi Państwa przypadłą ogłasza.

Brzostek, dnia 15 lipca 1861.

Bielitz-Biala'er Gasgesellschaft.

Einladung (3662. 1-3)

zur ersten ordentlichen General-Versammlung der Actionäre,

welche am 30. April 1862, Nachmittags 5 1/2 Uhr im Saale des Gasthofes „zur Nordbahn“ in Bielitz stattfinden wird.

Statutenmäßig kommen zur Verhandlung: 1. Bericht des Gründungs-Comité's, 2. Wahl der aus fünf Mitgliedern bestehenden Direction, dann zweier Censoren, 3. Bestimmung der im Jahre 1862 vorzunehmenden Bauten, 4. Allfällige Anträge einzelner Actionäre, welche jedoch 8 Tage vor der General-Versammlung bei der Direction angemeldet werden müssen.

Laut der genehmigten Gesellschafts-Statuten sind nach §. 25 in der General-Versammlung nur jene Actionäre stimmberechtigt, welche wenigstens fünf auf ihren Namen lautende Actien besitzen; je fünf Actien geben eine Stimme. Wer sein Stimmrecht persönlich oder durch Bevollmächtigung ausüben will, muß nach §. 26 den wirklichen Besitz der auf seinen Namen lautenden Actien ausweisen und dieselben 8 Tage vor der Versammlung in die Gesellschafts-Cassa gegen Empfangs-Bestätigung (zugleich Legi-

timationskarte für die General-Versammlung) einlegen, oder nachweisen, daß seine Actien in einer öffentlichen Casse oder bei einem k. k. Notar depositirt seien.

Den stimmberechtigten Actionären werden gleichzeitig mit der Legitimationskarte die Wahlzettel für die Direction und die Censoren, dann das Verzeichniß der stimmberechtigten und in die Direction wählbaren Actionäre übergeben werden.

Gleichzeitig mit dem Nachweise der Actien wolle angegeben werden, ob das Stimmrecht persönlich, oder durch einen Bevollmächtigten (stimmberechtigten Actionär) unter Angabe dessen Namens ausgeübt werden will.

Die Gründer der Bielitz-Biala'er Gasgesellschaft.

Wiener - Börse - Bericht

vom 2. April.

Oeffentliche Schuld.

Table with 3 columns: A. Des Etats, B. Der Kronländer, C. Grundbesitzungs-Obligationen. Lists various bonds and their values.

Actien

Table with 3 columns: Nationalbank, Kreditbank für Handel und Gewerbe, etc. Lists various stocks and their values.

Veränderungen

Table with 3 columns: Nationalbank, Kreditbank für Handel und Gewerbe, etc. Lists changes in stock prices.

Veränderungen

Table with 3 columns: Nationalbank, Kreditbank für Handel und Gewerbe, etc. Lists changes in stock prices.

Veränderungen

Table with 3 columns: Nationalbank, Kreditbank für Handel und Gewerbe, etc. Lists changes in stock prices.

Veränderungen

Table with 3 columns: Nationalbank, Kreditbank für Handel und Gewerbe, etc. Lists changes in stock prices.

Veränderungen

Table with 3 columns: Nationalbank, Kreditbank für Handel und Gewerbe, etc. Lists changes in stock prices.

Veränderungen

Table with 3 columns: Nationalbank, Kreditbank für Handel und Gewerbe, etc. Lists changes in stock prices.

Veränderungen

Table with 3 columns: Nationalbank, Kreditbank für Handel und Gewerbe, etc. Lists changes in stock prices.

Veränderungen

Table with 3 columns: Nationalbank, Kreditbank für Handel und Gewerbe, etc. Lists changes in stock prices.

Veränderungen

Table with 3 columns: Nationalbank, Kreditbank für Handel und Gewerbe, etc. Lists changes in stock prices.

Veränderungen

Table with 3 columns: Nationalbank, Kreditbank für Handel und Gewerbe, etc. Lists changes in stock prices.

Veränderungen

Table with 3 columns: Nationalbank, Kreditbank für Handel und Gewerbe, etc. Lists changes in stock prices.

Veränderungen

Table with 3 columns: Nationalbank, Kreditbank für Handel und Gewerbe, etc. Lists changes in stock prices.

Buchdruckerei-Gesellschaft: Anton Rother.